KONRAD ADENAUER STIFTUNG
Frankreich

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

31. Oktober – 06. November 2026

Im Hinblick auf die Präsidentschaftswahl 2027 hat sich Emmanuel Macron für eine breite Koalition der politischen Mitte ausgesprochen. Diese soll von der Sozialdemokratie (Raphael Glucksmann) über die politische Mitte bis hin zur konservativen Rechten (David Lisnard) reichen und einen gemeinsamen Kandidaten aufstellen, um einen zweiten Wahlgang zwischen den Kandidaten des Rassemblement National (RN) und von La France insoumise (LFI) zu verhindern. Seine Initiative stößt bei Gabriel Attal und Édouard Philippe jedoch auf wenig Begeisterung. Beide wollen sich von Macrons Amtsbilanz distanzieren und lehnen eine zu breite Allianz ab. Auch andere Politiker bezweifeln die Umsetzbarkeit des Vorschlags, da die politischen Differenzen zwischen den Parteien erheblich sind und einige konservative Kandidaten in den Augen ihrer politischen Gegner eine unklare Haltung gegenüber der extremen Rechten einnehmen. Zudem wird kritisiert, dass Macron, der es während seiner eigenen Amtszeit nie vermocht hat, diese politische Mitte zusammenzubringen, nun seinen möglichen Nachfolgern Ratschläge erteilt.

In der Sendung „Vous Président" im Fernsehsender BFMTV hat der Präsidentschaftskandidat der Républicains, Bruno Retailleau, am 3. November 2026 seine europapolitischen Prioritäten skizziert. Auf die Frage nach seiner ersten Auslandsreise als Präsident erklärte er, dass diese nicht, wie es die diplomatische Tradition pflegt, nach Deutschland führen werde. Stattdessen wolle er zunächst die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Volkspartei (EVP) zu einem Gipfeltreffen in Paris zusammenbringen, um über eine politische Neuausrichtung Europas zu beraten. Retailleau äußerte sich dabei kritisch zum aktuellen Zustand der deutsch-französischen Beziehungen, die er als „schwer krank" bezeichnete. Zugleich betonte er, dass sein Ansatz über die bilaterale Zusammenarbeit hinausgehe und auf eine breitere politische Dynamik innerhalb der Europäischen Union abziele. Angesichts der internationalen Herausforderungen sprach er sich für ein Europa aus, das seine wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit stärkt, die Kaufkraft fördert und die Reindustrialisierung vorantreibt. Mit Blick auf die innenpolitische Perspektive unterstrich Retailleau zudem die Bedeutung einer kohärenten und geschlossenen Regierungsmehrheit zur Umsetzung seines politischen Projekts. In diesem Zusammenhang schloss er aus, im Falle eines Wahlsiegs des RN bei möglichen Parlamentswahlen, Jordan Bardella zum Premierminister zu ernennen. Bezüglich der Zusammensetzung einer möglichen Regierung vermied er jedoch weitere Festlegungen und wies auf die Notwendigkeit eines gemeinsamen politischen Kurses hin.

Nach dem landesweiten Streik am 5. November 2026, an dem laut Innenministerium 575.000 und nach Angaben der Gewerkschaft CGT 1,6 Millionen Menschen teilnahmen, hat Premierminister Sébastien Lecornu für Montag, den 9. November, eine Sozialkonferenz mit Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden einberufen. Ziel ist es, angesichts der anhaltenden sozialen Unzufriedenheit einen Dialog über Kaufkraft und Löhne zu beginnen. Im Mittelpunkt steht insbesondere eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns (SMIC). Die Gewerkschaft CFDT fordert 100 Euro netto mehr, die CGT fordert 10 % mehr, was circa 147 Euro entsprechen würde. Arbeitsminister Jean-Pierre Farandou hält sogar einen Mindestlohn von 1 500 Euro netto pro Monat für erstrebenswert. Die Gewerkschaften begrüßen die Gesprächsbereitschaft der Regierung zwar, bleiben jedoch skeptisch, da konkrete Zusagen und finanzielle Spielräume bislang fehlen. Zudem kritisieren sie, dass Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sowie Schüler und Studierende bei den Diskussionen nicht vertreten sein werden. Es bleibt abzuwarten, ob die Konferenz trotzdem ein erster Schritt zur Entschärfung der sozialen Krise sein könnte. Ihr Erfolg wird allerdings davon abhängen, ob die Regierung konkrete und ausreichende Maßnahmen zur Verbesserung der Kaufkraft vorlegt.

Der französische Haushaltsentwurf für das Jahr 2027 wurde am 4. November in erster Lesung von der Nationalversammlung einstimmig abgelehnt. Nach einer mehr als zweiwöchigen Debatte stimmten alle 458 Abgeordneten gegen den Einnahmenteil des Haushaltsgesetzes – ein Novum in der Geschichte der Fünften Republik. Während der Beratungen brachten unterschiedliche Oppositionsparteien zahlreiche Änderungen ein. Dazu gehörten unter anderem die Einführung neuer Steuern, die Abschaffung bestimmter Steuerbefreiungen sowie die Rücknahme der Pflicht zur elektronischen Rechnungsstellung für kleinere Unternehmen und Selbstständige. Dadurch wurde der ursprüngliche Entwurf der Regierung, der eine Haushaltskonsolidierung in Höhe von insgesamt 54 Milliarden Euro vorsah, erheblich abgeändert. Der Senat wird ab dem 20.

November über den überarbeiteten Entwurf beraten. Sollte innerhalb von 70 Tagen keine Einigung erzielt werden, bleiben der Regierung zwei Möglichkeiten. Ein Weg wäre der Rückgriff auf Artikel 49.3 der Verfassung. Damit könnte Premierminister Sébastien Lecornu die politische Verantwortung für die Haushalte übernehmen und sie ohne Schlussabstimmung verabschieden. Zuvor wurde der Sozialversicherungshaushalt bereits von der Nationalversammlung abgelehnt und befindet sich nun ebenfalls im Senat. Dieses Instrument birgt jedoch das Risiko, dass ein Misstrauensvotum folgt, welches die Regierung stürzen könnte, sodass Frankreich ohne Haushalt dasteht. Daher wird verstärkt darüber spekuliert, dass die Regierung auch die Möglichkeit hat, den Haushalt per Verordnung zu verabschieden. Dieses Verfahren wurde in der Geschichte der Fünften Republik jedoch noch nie genutzt und gilt daher weiterhin als außergewöhnliches Szenario. Zwar könnte die Opposition auch in diesem Fall ein Misstrauensvotum gegen die Regierung anstrengen. Anders als beim Rückgriff auf Artikel 49.3 würde der per Verordnung bereits in Kraft gesetzte Haushalt dadurch jedoch nicht automatisch außer Kraft gesetzt werden und der französische Staat wäre weiterhin handlungsfähig.

Mehrere Bombendrohungen haben am 5. November erneut den europäischen Flugverkehr gestört. In Frankreich sorgte insbesondere die Landung eines Aer-Lingus-Flugs auf dem Militärflugplatz Évreux für Aufmerksamkeit: Die Maschine wurde von zwei Kampfjets der französischen Luftwaffe eskortiert, nachdem der Pilot nach Angaben der Behörden zunächst nicht wie erwartet mit den zuständigen Stellen kooperiert hatte. Bei den anschließenden Sicherheitskontrollen wurden keine Sprengsätze gefunden. Die Hintergründe der Drohungen sind weiterhin unklar. Die Vorfälle ereignen sich jedoch vor dem Hintergrund einer erhöhten Aufmerksamkeit für hybride Bedrohungen in Europa, darunter Sabotage, Cyberangriffe und Spionage. Ein Zusammenhang zwischen den einzelnen Vorfällen konnte bislang nicht festgestellt werden.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

In ihrem Buch *Vous êtes tous trop durs avec moi* veröffentlicht die Journalistin Françoise Degois private Nachrichten, die sie über einen Zeitraum von zwei Jahren mit **Emmanuel Macron** über Telegram ausgetauscht hat. Die Gespräche zeichnen das Bild eines zunehmend isolierten Präsidenten, der seine politische Bilanz vehement verteidigt, Kritik häufig zurückweist und sich über politische Gegner und Journalisten teilweise sehr abfällig äußert. So schließt er einen Rücktritt kategorisch aus („Niemals!"), verteidigt seine Wirtschaftspolitik und die Rentenreform und zeigt sich enttäuscht über seinen ehemaligen Premierminister Gabriel Attal, während er dem Sozialisten Olivier Faure durchaus Sympathien entgegenbringt. Besonders besorgt ist Macron über einen möglichen Wahlsieg des Rassemblement National (RN) bei der Präsidentschaftswahl 2027, dessen Dynamik seiner Ansicht nach durch die Zersplitterung der politischen Mitte und der Rechten begünstigt wird. Zugleich weist er Vorwürfe zurück, dem Medienunternehmer Vincent Bolloré nahestehen zu wollen. Die Nachrichten offenbaren jedoch auch eine persönlichere Seite: Macron spricht von Einsamkeit, gelegentlicher Ernüchterung und der emotionalen Belastung seiner zehnjährigen Präsidentschaft, die er mit einem „kleinen Tod" vergleicht.

DIE ZAHL DER WOCHE

25.000 bis 30.000 Euro

Der französische Premierminister Sébastien Lecornu hat angekündigt, den Höchstbetrag des in Frankreich sehr beliebten Sparbuches *Livret A* ab Februar 2027 von derzeit 22.950 Euro auf **25.000 bis 30.000 Euro** anzuheben. Auch der Zinssatz, derzeit bei 1,7 %, soll steigen; die genauen Werte werden noch bekannt gegeben. Das *Livret A* ist ein staatlich reguliertes, steuerfreies Sparkonto, das in Frankreich weit verbreitet ist und in etwa einem sicheren Tagesgeldkonto in Deutschland entspricht. Die Einlagen sind jederzeit verfügbar und werden traditionell zur Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus verwendet. Künftig sollen sie auch dem Bau neuer Atomreaktoren sowie der Anpassung öffentlicher Gebäude und Infrastrukturen an den Klimawandel dienen. Mit der Erhöhung des Sparlimits und der Verzinsung möchte die Regierung das Sparprodukt wieder attraktiver machen und zusätzliche Mittel für öffentliche Investitionen mobilisieren.